

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 8

Von 17. 02. - 23.02.2025

Just als im Landtag die Prüfung des MCI-Neubaus durch den Landesrechnungshof beschlossen wurde, gab es in der Kontrollenrichtung des Landes eine Neubesetzung. Jene Beamtin, die bisher im Hochbauamt Projektleiterin für den MCI-Neubau war, wechselte zum Rechnungshof. Ein Schelm, wer Böses denkt – doch für Diskussionen sorgte das nach dem gestrigen „Krone“-Bericht auf jeden Fall. Seitens der Landtagsdirektion und des Rechnungshofes erklärte man, dass alles rechtens sei und man sich gegen den Vorwurf einer möglichen Befangenheit verwehrt.

Die Liste Fritz hat volles Vertrauen in Rechnungshof

„Wir als Kontrollpartei vertrauen dem Landesrechnungshof zu 100%. Es ist klar und versteht sich von selbst, dass eine ehemalige Mitarbeiterin der Landeshochbauabteilung nicht zum Kontrollteam der Sonderprüfung des MCI-Projektes gehören kann. Die Kontrolle hat unabhängig und unbeflügelt zu sein. Ich habe auch mit der Direktorin des Landesrechnungshofes gesprochen und sie hat mir versichert, dass es im Landesrechnungshof selbstverständlich interne Kontrollmechanismen gibt, die es gar nie zulassen würden, dass sich eine geprüfte Stelle quasi selbst prüft. Ich bin überzeugt, die MCI-Prüfung ist beim Landesrechnungshof

„Es darf keine Befangenheit bei MCI geben“

Der „Krone“-Bericht über Neubestellung im Rechnungshof sorgt für Debatten



gut aufgehoben“, betonte Klubchef Markus Sint.

Transparenz um MCI ist nun wichtiger denn je

Kritischer sieht das die Fraktion „Das Neue Innsbruck“. „Die neuesten Entwicklungen rund um das MCI-Cam-

pusprojekt werfen erneut Fragen zur Transparenz und zur korrekten Aufarbeitung der MCI-Causa auf“, wundert sich StR Markus Stoll. Es sei offenkundig, dass hier eine Unvereinbarkeit vorliege, die wohl auch beim Land niemand ernsthaft anders se-

hen wird. „Es ist daher zwingend erforderlich, dass die Landesregierung unmissverständlich klarstellt, dass die frühere Projektverantwortliche von jeglicher Prüfung rund um das MCI-Projekt natürlich ausgeschlossen wird!“ Markus Gassler

„
Beim MCI-Debakel werden neben viel Dilettantismus auch politisches Missmanagement, politischer Unwillen und Fehlentscheidungen sichtbar!



Markus Sint, Klubobmann der Liste Fritzi im Landtag

Foto: Christof Birbaumer

Foto: Christof Birbaumer

„MCI kann um 160 Mio. Euro gebaut werden!“

Tiroler Experte Christoph Achammer, weltweit tätiger Architekt und Universitätsprofessor, wundert sich über die utopische Preisdebatte

Dieser Brief von Christoph Achammer an LH Anton Mattle, datiert mit 13. Jänner 2025, hat es in sich. Er versteht nicht, warum seitens des Landes in der Öffentlichkeit immer wieder behauptet wird, dass der MCI-Bau 250 bis 300 Millionen Euro kostet. Nachdem er sich mit der Causa detailliert befasst hat, „komme ich zum Schluss, dass das vorliegende Projekt für 160 Millionen Euro brutto inklusive Planung, Errichtung und sonstiger Nebenkosten“ umsetzbar ist.

Und, dass die vom Land nun angedachten alternativen Maßnahmen, die akute MCI-Flächennot durch Investitionen in nicht landeseigene Bauwerke (Grauer Bär, Alte Hauptpost, etc.) günstiger machen würde, bezweifelt der Fachmann ebenfalls ernsthaft. Abschließendes Angebot von Prof. Achammer: „Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, ich wiederhole meine Bereitschaft, Ihnen mit dem ganzen Know-how eines der größten Architektur- und Ingenieurbüros in Europa gerne zur Verfügung zu stehen, um hier zu einer brauchbaren Lösung zu kommen!“

„Dilettantismus und Misswirtschaft“

Dass dieses Angebot nicht angenommen wird, versteht Markus Sint, Klubobmann der Liste Fritz, überhaupt nicht: „Damit bricht Mattles politische Inszenierung als Steuergeld-Retter in sich zusammen. Abgesehen davon, dass die ÖVP-SPÖ-Landesregie-



Foto: Christof Birbaumer

Mit Bezug auf mein bis heute unbeantwortetes Schreiben vom 06.11.2024 nehme ich mit großer Überraschung zur Kenntnis, dass Sie entschieden haben, den beabsichtigten Neubau des MCIs endgültig zu Grabe zu tragen.

Natürlich nehme ich Ihre Entscheidung zur Kenntnis, bin allerdings über die in der Öffentlichkeit weiterhin aufrecht erhaltene Begründung von EUR 250 – 300 Mio. Baukosten mehr als verwundert.

Wie ich Ihnen mehrfach dargestellt habe, sind die heute vorliegenden Planungen zu aktuellen Preisen für ca. EUR 160 Mio. brutto inkl. Planung und Einrichtung und sonstiger Nebenkosten umsetzbar. Warum die Erzählung von doppelten Baukosten weiterhin aufrechterhalten wird, entzieht sich meiner Kenntnis.

In einem Brief an den Landeshauptmann bietet Architekt Christoph Achammer dem Land seine Hilfe beim MCI-Bau an.

Die Reißleine ziehen müssen, gestorben. Beim MCI-Debakel werden neben viel Dilettantismus auch politisches Missmanagement, politischer Unwillen und falsche Versprechen sowie hufenweise Fehlentscheidungen sichtbar! Es braucht nun eine lückenlose Aufklärung!“

Markus Gassler

Am 23. März sollen die Einheimischen entscheiden, ob auf der grünen Wiese in „Unterbürg“ bei St. Johann ein Gewerbegebiet gebaut werden soll. „Noch immer ist unklar, für welche Betriebe es das Gewerbegebiet braucht“, kritisierte Sepp Niedermoser, Bezirkssprecher der Liste Fritz gestern in Kitzbühel. Zwar sei im Bezirk von 70 Betrieben die Rede, welche das sind, wie viele Arbeitsplätze entstehen und wie viel Kommunalsteuer lukriert werden soll, sei aber unklar. Dass der St. Johanner Bürgermeister Stefan Seiwald mit dem Datenschutz argumentiert, lässt Niedermoser nicht gelten. „Das ist eine Ausrede. Wir fordern, dass der Bürgermeister die Liste endlich auf

Foto: Liste Fritz



„Wollen endlich wissen, wer sich im Gewerbegebiet ansiedeln will“

Noch immer sei unklar, für welche Betriebe die grüne Wiese in St. Johann Unterbürg geopfert werden soll, kritisiert die Liste Fritz.

Am 23. März ist eine Volksbefragung über das Projekt Unterbürg angesetzt.

den Tisch legt.“ Fritz-Klubobmann Markus Sint ist „entsetzt, dass die Landesregierung nicht erheben will, wie sich eine etwaige Versiegelung der Fläche auf den Hochwasserschutz auswirkt.“ Ein Prüfantrag wurde im Landtag abgelehnt.

„Förderungen zu leicht vergeben“

Nach nächster geförderter Pleite
will Liste Fritz strengere Kontrollen.

Im November 2024 wurde bekannt, dass das Forschungs- und Kommunikationszentrum des Vereins „N’Cyan“ im Defereggental insolvent ist. Laut Liste Fritz erhielten beide Vorbesitzerinnen auf 20 Jahre eine Rente von je 2000 €. 400.000 € kamen vom Land.

KO Markus Sint nahm den Fall zum Anlass, um die Fördervergabe seitens des Landes zu kritisieren: „Förderungen werden zu leichtfertig vergeben. Der Verein musste alleine monatlich 4000 € für die Rente der Damen aufbringen.“ In einer

„
Ich bin keiner, der sagt, wir sollten keine öffentlichen Förderungen mehr hergeben. Man muss es aber genau anschauen.

Markus Sint, Klubobmann Liste Fritz

Anfragebeantwortung bestätigte man die Förderungen. „Die Prüfung des vorliegenden Antrages sowie der Unterlagen hat ergeben, dass sämtliche Voraussetzungen der diesbezüglichen Förderungsrichtlinie erfüllt waren



Dem „Fokus N’Cyan“ gingen im November die Lichter aus

und daher der Antrag positiv entschieden wurde“, gab LH Mattle (ÖVP) zu verstehen.

Nun ist der Verein pleite, die 400.000 € sind bereits ins Projekt geflossen. Seitens des Landes wolle man das Geld zurückfordern. Ob und

wie viel, sei unklar, so Sint: „Ich bezweifle es und selbst wenn, ist unsicher, ob wir die volle Höhe wiedersehen.“ Er fordert, dass man bei Förderungen zukünftig genauer kontrolliert und nicht leichtfertig Geld vergibt. M.O.

Darüber diskutiert

Landtag im Februar, Innsbruck auf Facebook, Extremwetter und Modernisierung der Altstadtbeleuchtung

In der Februar-Landtagssitzung 2025 diskutierten die 36 Abgeordneten unter anderem über das Management Center Innsbruck (MCI). Die Oppositionsparteien, darunter FPÖ, Liste Fritz, Grüne und NEOS, fordern eine Sonderprüfung des MCI durch den Landesrechnungshof und kritisieren das Management als „Pfusch am Bau“. Zudem wurden die geschäftlichen Verbindungen zwischen Unternehmer René Benko und dem Land Tirol angesprochen und Themen wie das „Jugendland“ und der Kurs der Tiroler Landesregierung in der Kinderbetreuung standen zur Debatte.



Foto: mmx.pix

In der Vergangenheit erschienen immer wieder Klagen über generierte Bilder in sozialen Netzwerken, die eine verzerrte Darstellung von Innsbruck zeigten und bei denjenigen, die die Stadt kennen, Verwirrung stifteten. Vor Kurzem wurde auf der Facebook-Seite von „Austria In My Heart“ ein Bild der Maria-Theresien-Straße geteilt. Der begleitende Text lautete: „Ein ruhiger Blick auf den Inn, der durch das Herz von Innsbruck fließt“ – ein Post, der wieder für ein falsches Bild sorgt.



Foto: MeinBezirk

Bei Konflikten innerhalb von Nachbarschaften, städtebaulichen Verdichtungen und Generationenwechseln entstehen häufig Fragen zur Rechtmäßigkeit älterer Gebäude. In Tirol müssen Wohnhäuser, die vom ursprünglichen Bauplan abweichen, und keine nachträgliche Genehmigung eingeholt wurde, abgerissen werden. In der Tiroler Bauordnung 2022 fehlen diesbezüglich klare Regelungen. Der Innsbrucker Gemeindeverband sucht nach einer Lösung.

Innsbruck



Foto: laum.at/Matthias Lauber / Symbolbild

In den vergangenen Jahren hatten die Einsatzkräfte in Innsbruck aufgrund von Starkregen und Überschwemmungen alle Hände voll zu tun. Zur Unterstützung ihrer Arbeit wurde das „Floodprep“-Projekt der Universität Innsbruck ins Leben gerufen. Das Projekt zielt darauf ab, wissenschaftliche Simulationsmodelle zu entwickeln, die den Einsatzkräften dabei helfen, mit extremen Wetterereignissen besser umzugehen und das Starkregenmanagement in Städten zu verbessern.



Foto: Peter Rock

Im Rahmen des „Altstadt-Impulsprogramms“ wurde zwischen 2020 und 2021 eine umfassende Analyse der Innsbrucker Altstadt durchgeführt. Das Ziel war, die historische Innenstadt als Wirtschaftsstandort zukunftsfähig zu gestalten und ihre Rolle im urbanen Raum neu zu definieren. Im Zuge dessen wurde die Beleuchtung der Innsbrucker Altstadt genau unter die Lupe genommen. Nach einer gründlichen Analyse wurde entschieden, die historischen Nachkriegs-Laternen zu modernisieren.

400.000 Euro „leichtfertig vergeben“

Osttiroler Verein ging trotz hoher Förderung mit Leuchtturmprojekt pleite. Liste Fritz kritisiert Land, für Projekt ist Rettung in Sicht.

Von Catharina Oblasser

St. Jakob i. D. – Mit 3,6 Millionen Euro Schulden ging der Verein „N’Cyan – Innovation für Menschen“ am 26. November 2024 in Konkurs. Der Verein betrieb in St. Jakob in Deferegggen seit 2021 ein Vier-Sterne-Hotel mit angeschlossenen Forschungs- und Kommunikationszentrum. Das Projekt sollte eine Begegnungsstätte zwischen analoger und digitaler Welt sein. „N’Cyan steht für die Verbindung des digitalen Traums mit handfesten Tugenden und zutiefst menschlichen Fähigkeiten“, sagte damals Vorstand Walter Troger. Der St. Jakober ist Geschäftsführer im Vamed-Konzern.

Käufer für Hotel in Sicht

Heute zeichnet sich ein Hoffnungsschimmer für das Hotel ab: Dem Vernehmen nach hat sich ein Käufer gefunden, der auch andere Hotels betreibt, heißt es. Genauer kann der Masseverwalter zurzeit nicht sagen. „Die Verhandlungen laufen, es gibt noch keinen unterschriebenen Vertrag. Aber wir bemühen uns um eine rasche Abwicklung.“

In das Projekt ist viel Geld geflossen. Das Land zahlte 400.000 Euro an Förderungen dazu, und das kritisiert die Liste Fritz mit Klubobmann Markus Sint. „Die Förderung

ist viel zu leichtfertig vergeben worden“, meint er. „Immerhin ist das Grundstück mit Pfandrechten belastet. Noch dazu räumte N’Cyan den Vorbesitzerinnen ein Wohnrecht auf Lebenszeit ein und muss ihnen monatliche Zahlungen leisten. Das Land hätte das vorher überprüfen müssen.“ Die genauen Abläufe wollte Sint von der Landesregierung erfahren.

Alle Förderkriterien erfüllt

Auf die Frage, warum sich das Land Tirol in dieser Form und Höhe am Projekt beteiligt habe, antwortet Landeshauptmann Anton Mattle, dass der Verein alle nötigen Unterlagen wie Businessplan oder Baupläne vorgelegt habe. „Die Prüfung hat ergeben, dass sämtliche Voraussetzungen der Förderrichtlinien erfüllt waren und daher der Antrag positiv entschieden wurde.“

Einen Knackpunkt gibt es: Falls ein gefördertes Projekt die ersten fünf Jahre nicht übersteht, muss das Land die Förderung zurückverlangen. Auf diese Richtlinie pocht Markus Sint: „400.000 Euro, das ist wirklich viel Geld.“ Für das N’Cyan würde das nur dann gelten, wenn es nicht weitergeführt werden kann. Ein Grund mehr, möglichst bald einen neuen Eigentümer zu finden.



Das Hotel „Fokus“ (im Hintergrund) und das Forschungs- und Kommunikationszentrum des Vereins N’Cyan wurden als Leuchtturmprojekt vom Land gefördert.

Foto: Armin Kleinlercher

Aufsichtsrat für Pathologie der Tirol Kliniken gefordert

Innsbruck – Der Bericht des Bundesrechnungshofs zur eigenen Pathologie der Tirol Kliniken „Innpath“ sorgt seit Wochen für Diskussionen. Nach jahrelangen Konflikten mit der Medizinischen Universität Innsbruck haben die landeseigenen Tirol Kliniken 2018 die „Innpath“ aufgebaut.

Für die Parteiobfrau der Liste Fritz Andrea Haselwanter-Schneider besteht dringender Handlungsbedarf. „32 Empfehlungen an die Tirol Kliniken bzw. das Land Tirol liegen vor, angefangen mit der engen Verflechtung mit den privaten Laboren des Geschäftsführers über fehlende Verträge und Ausschreibun-



Haselwanter-Schneider drängt auf einen Aufsichtsrat.
Foto: Rita Falk

gen, Nebenbeschäftigungen, mögliche Unvereinbarkeiten und In-sich-Geschäfte bis hin zu einer wieder besseren Zusammenarbeit mit der universitären Pathologie.“

Als vordringlich bezeichnet Haselwanter-Schneider die

Errichtung eines Aufsichtsrats. „Hier geht es um die Struktur und Organisation des Unternehmens Innpath an sich und die Einrichtung eines für die Kontrolle der Geschäftsführung so wichtigen Aufsichtsrates“, fordert die Liste-Fritz-Parteiobfrau. Diesen gebe es nämlich auch sieben Jahre nach Gründung nicht, übt sie scharfe Kritik an den Tirol Kliniken.

Umso wichtiger ist es für Andrea Haselwanter-Schneider, diesen schnell zu installieren. Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele (VP) müsse das veranlassen, die Landesregierung die entsprechenden Beschlüsse fassen. (pn)

„Ich bezweifle, dass wir die 400.000 Euro wiedersehen“

Liste Fritz-Klubobmann Sint übt Kritik an der Vergabe von Fördergeldern. Bei „N'Cyan“ fehlt ihm die Kontrolle.

 **Alexandra Hassler** 12.02.2026

Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint hat „Osttirol-Woche“. Am Wochenende war er privat in der Heimat, heute, Mittwoch, 12. Februar, beruflich. Im Rahmen eines Pressegesprächs thematisierte er den Umgang der Landesregierung mit Fördermitteln. Wie leichtfertig eine Vergabe erteilt werde, zeige sich seiner Meinung nach, an der Insolvenz des Forschungs- und Kommunikationszentrums „FoKus N'Cyan“ in St. Jakob in Deferegggen.



Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint lud zum Pressegespräch ins GÖßerbäu. Foto: Dolomitenstadt/Hassler

„Worum gehts?“ fragt Sint und informiert im Pressegespräch über Vorgeschichte und Kaufabwicklung. Im Juni 2020 verkauften zwei Frauen aus St. Jakob zwei Grundstücke samt dem ehemaligen Gasthof Unterrain an den Verein „N'Cyan - Innovation für Menschen“. Im Rahmen des Kaufvertrages wurde vereinbart, dass die beiden Verkäuferinnen ein lebenslanges Wohnrecht im ersten Stock des ehemaligen Gasthofes erhalten, der Käufer sich verpflichtet, 40.000 Euro für Baumaßnahmen im ersten Stock zu übernehmen und den beiden Damen eine monatliche Rente von je 2.000 Euro zu zahlen.

Anfang 2021 wurde der laufende Betrieb des Science & Learning Centers mit angeschlossenen Hotel aufgenommen. Das Land Tirol unterstützte dieses Projekt mit insgesamt 400.000 Euro. 200.000 Euro aus dem Budget Sonderförderprogramm Isel - für die Sanierung und Erweiterung des Beherbergungsbetriebes mit anschließender Vier-Sterne-Klassifizierung - und 200.000 Euro aus dem Budget Tiroler Technologieförderprogramm. „Die Landesregierung hat diese 400.000 Euro Förderung bis zum Jahr 2022 abgeschlossen. Und das, was die Landesregierung als Leuchtturmprojekt der Digitalisierung gefördert hat, hat im November 2024 Insolvenz angemeldet“, so der Klubobmann.

Sint kommt zu dem Schluss, dass Landesförderungen zu leichtfertig vergeben werden. Im Fall N'Cyan hätte sich das Land Tirol laut dem gebürtigen Osttiroler intensiver erkundigen sollen, ob eine Förderung vertretbar ist. Ein Blick ins Grundbuch und in den Kaufvertrag zeige immerhin, dass die Liegenschaft mit 3,5 Millionen Euro belastet ist und der Verein monatliche Fixkosten von mindestens 4.000 Euro hat.

„Wo öffentliches Geld drinsteckt, muss Kontrolle draufstehen.“

Liste Fritz-Klubobmann, Markus Sint

Landeshauptmann Anton Mattle und Landesrat Mario Gerber verweisen in ihren Beantwortungen einer von Sint gestellten Landtagsanfrage auf die erfüllten Förderbedingungen. Die zuständige Abteilung habe zum Zeitpunkt der Entscheidung alle entsprechenden Unterlagen, darunter Businessplan, Kostenkalkulation, konkrete Projektschilderung usw., erhalten. Diese hätten ergeben, „dass sämtliche Voraussetzungen der diesbezüglichen Förderrichtlinien erfüllt waren und daher der Antrag positiv entschieden wurde.“

Für zukünftige Fördervergaben wünscht sich die Liste Fritz einen „sauberen, ordentlichen und verantwortungsvollen Umgang mit Fördergeldern.“ „Wo öffentliches Geld drinsteckt, muss Kontrolle draufstehen“, fasst Sint die Forderung zusammen. Die zentrale Frage sollte lauten: An wen vergebe ich das Geld? Ein förderlicher Verpflichtungszeitraum, nach dem die Förderung bei Aufgabe des Betriebes innerhalb von drei bzw. fünf Jahren nach Auszahlung zurückgezahlt werden muss, sei zu wenig. „Die Forderung zur Rückzahlung ist das eine, das Geld zu bekommen ist das andere“, betont Sint und ergänzt: „Ich bezweifle, dass wir die 400.000 Euro wiedersehen, zumindest in voller Summe.“

Dosierampeln in Sillian werden weiter evaluiert

An diesem Samstag ist die Ampel deaktiviert. Dann zieht man Vergleiche mit anderen Wochenenden.

 Redaktion 14.02.2025

Am vergangenen Wochenende gingen die Wogen im Dolomitenstadt-Forum hoch, als Markus Sint, Abgeordneter der Liste Fritz, auf dem Weg in seine Osttiroler Heimatgemeinde Kartitsch von einer kilometerlangen Kolonne gebremst wurde und noch aus dem Auto an den zuständigen Landesrat René Zumtobel die Frage richtete: „Was habt ihr euch denn dabei gedacht?“

Sint hinterfragte die „Dosierampel“ am Ortseingang von Sillian, die seines Erachtens einen Stau bis zurück nach Südtirol auslöste. Dieser Ansicht schloss sich auch die Mehrheit der Poster im Dolomitenstadt-Forum an. Viele klagten über die ihrer Meinung nach durch die Ampel verstärkte Staubbelastung.

Heute reagierte das Amt der Landesregierung mit einer Presseaussendung auf die Beschwerden. Man will das Pilotprojekt, das seit Sommer 2024 läuft, weiterführen und betont: „Auch an verkehrsreichen Tagen sicher über die B 100 Drautalstraße gehen und einfahren sowie den Ortskern und die ansässige Bevölkerung entlasten: Das ist das Ziel der Dosierampeln in Sillian.“

Aktuell sei man dabei, Daten zu evaluieren. „Wertvoll sind dazu auch die Daten vom vergangenen Wochenende, an welchem an einem Tag mehr als 10.000 Fahrzeuge die B 100 Drautalstraße passierten. Nun wird untersucht, ob und wie das System den Verkehrsfluss bzw. die Überlastung möglicherweise beeinflusst hat“, schreibt der Landespressediens. Aus diesem Grund werde die Ampel am Samstag, 15. Februar, deaktiviert. Ein unabhängiger Verkehrsplaner soll dann Vergleiche und Schlüsse ziehen.

„Auch an verkehrsreichen Tagen sicher über die B 100 Drautalstraße gehen und einfahren sowie den Ortskern und die ansässige Bevölkerung entlasten: Das ist das Ziel der Dosierampeln in Sillian.“

„Die Verkehrsströme entlang der B 100 an verkehrintensiven Samstagen sind komplex“, erklärt Johannes Nemmert, Leiter des Baubezirksamtes Lienz. „Wir nehmen die Rückmeldungen und Kritiken aus Teilen der Bevölkerung sehr ernst – auch jene vom vergangenen Wochenende. Für die Gesamtbetrachtung ist es für uns aber essentiell, nicht nur die Erfahrungen eines Tages oder eines Wochenendes, sondern über einen längeren Zeitraum zu berücksichtigen. Deshalb brauchen wir belastbare Daten für fundierte Entscheidungen.“

Nemmert hält Änderungen für möglich: „Mögliche Anpassungen auf Basis der Fakten wären geänderte Ampelschaltungen oder eine generelle Deaktivierung ab einer bestimmten Verkehrsmenge. Genau für solche Erkenntnisse wurde das Pilotprojekt gestartet.“ Die Landesstraßenverwaltung, die Gemeinde Sillian und das Planungsbüro sollen kommende Woche über das weitere Vorgehen entscheiden.

Für Franz Schneider, den Bürgermeister von Sillian, bleibt das Ziel der Dosierampeln jedenfalls aktuell: „Die Ampeln verringern oder erhöhen das Verkehrsaufkommen nicht. Staus gibt es ohnehin, der Verkehr ist da und wird durch die Dosierung nicht verschwinden. Das Projekt soll allen voran sicherstellen, dass wir in Sillian auch an stark frequentierten Tagen die Straße queren und einfahren können – und das hat auch vergangenen Samstag funktioniert. Ich bitte die Bevölkerung um Verständnis und Geduld – alle beteiligten Akteure sind bemüht, Lösungen zu suchen und zu entwickeln.“

„Die ÖVP ist machtbewusst, aber auch machtbesessen.“

Ein Gespräch mit Markus Sint über demokratische Kultur, den Wandel in der Politik und Osttirol-Themen.

Podcast Gerhard Firkner 16.02.2025

Markus Sint, Klubobmann der Liste Fritz im Tiroler Landtag, ist ein profilierter Oppositionspolitiker. Der gebürtige Kartitscher schildert im Podcastgespräch seinen Weg aus dem Osttiroler Bergdorf in das Landesparlament und was ihn bei seiner politischen Arbeit antreibt. Sint war nach dem Studium der Politikwissenschaft ein Jahrzehnt lang Journalist beim ORF Tirol. Diese berufliche Laufbahn prägt auch seine politische Arbeit, gibt er zu.

Journalisten stellen Fragen und die Frage ist Sints politisch effektivste Waffe als Oppositioneller. Rund 300 Anfragen brachte der Landtagsabgeordnete in den vergangenen zweieinhalb Jahren ein, viele davon aufgliedert in noch mehr Detailfragen, die minutiös vorbereitet und recherchiert werden. Nicht immer lohnt sich der Aufwand, viele Fragen bleiben offen, weil die Regierenden nicht oder nur vage antworten.

Und so geht es in diesem Gespräch auch um die demokratische Kultur in Tirol, vor dem Hintergrund einer scheinbar übermächtigen politischen Kraft, der ÖVP, die seit 80 Jahren ohne Unterbrechung das Land regiert. Markus Sint bemüht sich um Differenzierung, zählt auch positive Leistungen der Regierenden auf, ist aber der Meinung, dass gerade die aktuelle Schwäche der ÖVP zu noch mehr Klientelpolitik führt. „Die ÖVP ist machtbewusst, aber auch machtbesessen,“ meint der 51-Jährige, der alle drei Wochen mit seiner Frau die Osttiroler Heimat besucht.

Aktuelle Osttirol-Themen werden im Podcast ebenso thematisiert. Im Wordrap verrät Sint nicht nur seine Positionen zu Windrädern, Sillianer Skischaukel, Wolf und Plöckenpass, sondern auch seine Einschätzung der politischen Arbeit von Elisabeth Blanik und Martin Mayerl.

Die Dosierrampeln in Sillian bleiben vorerst außer Betrieb

Ein Verkehrsstau, der von der verkehrsgeplagten Marktgemeinde bis nach Innichen gereicht haben soll, hat das Aussetzen des Probebetriebs zur Folge. Die Evaluierung läuft weiter.

☰ IN KÜRZE



© KK/Privat

Hauptschuld an einem Rekordstau, der am 8. Februar von Sillian bis nach Innichen gereicht haben soll, und [in dem sich auch der Tiroler Landtagsabgeordnete und Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint unfreiwillig einreichte](#), soll das [Pilotprojekt von Dosierrampeln in Sillian](#) sein. Das stellte jedenfalls die Bevölkerung fest. Der Negativ-Rekord an diesem Tag mit behördlich gezählten 10.234 Fahrzeugen an der Messstelle (in beiden Richtungen) setzt dem Testbetrieb nun vorläufig ein Ende.

Der regelmäßige Verkehrskollaps verärgert und frustriert

Die Bevölkerung hatte in den vergangenen Wochen zunehmend verärgert reagiert, weil sich der Reiseverkehr durch das enge Dorfzentrum wegen des Ampelbetriebs abwechselnd immer nur in einer Richtung in Bewegung setzen konnte. Die Folge der Anhaltungen waren kilometerlange Staus an den Samstagen, sobald in Südtirol der Urlauberschichtwechsel einsetzte. Die Ampelregelung sollte auch die Überquerung der Straße für Anrainer und Fußgänger erleichtern.

„Sillian erstickt schon seit Jahrzehnten im Verkehr, aber so schlimm wie jetzt war es noch nie“, ärgerte sich ein Anrainer, der direkt an der Durchzugsstraße ein Haus besitzt. Bürgermeister Franz Schneider, der bei seinem Amtsantritt vor drei Jahren vollen Einsatz für eine Umfahrung versprochen hatte, musste zuletzt mehrfach persönlich ausrücken, um am Straßenrand mit erbosten Gemeindebürgern die Lage zu diskutieren. Fotos und Videos von der Misere machten die Runde und erreichten auch die zuständigen Behörden.

Die Ampeln bleiben aus, die Evaluierung läuft weiter

In der Vorwoche einigten sich die Gemeindeführung, ein unabhängiges Planungsbüro und die Landesstraßenverwaltung darauf, die Dosierampeln vorerst nicht mehr in Betrieb zu nehmen. Aufrecht bleibt dagegen die Verkehrszählung, um im Rahmen des seit dem Vorjahr laufenden Pilotprojektes belastbare Zahlen zum Verkehrsaufkommen zu sammeln, „um eine Gesamtbetrachtung des Pilotprojektes auf umfassender Faktenlage zu gewährleisten. Ob und wann die Dosierampeln wieder für Testzwecke aktiviert werden, ist abhängig von den Entwicklungen in den kommenden Wochen“, wie es auf Anfrage heißt.

Nach dem heurigen Sommer soll anhand der gesammelten Faktenlage entschieden werden, ob in Sillian dauerhaft Ampeln zur Dosierung des Durchzugsverkehrs installiert werden sollen.

Viele Hürden und keine Flexibilität

Bettenrückgang – Franz Staggi, Fachgruppenobmann der Hotellerie, ortet zu viel Bürokratie

Tirols Tourismus-Spartenobmann Alois Rainer und Franz Staggi, der Fachgruppenobmann der Hotellerie kritisieren die unflexible Haltung des Landes bei der Novellierung des Raumordnungsgesetzes und fordern mehr Klarheit bei der Erfassung der Bettenanzahl. Die Wirtschaftskammer hatte hierzu einen Lösungsvorschlag eingebracht, der jedoch nicht umgesetzt wurde. Besonders die zunehmende Bürokratie stellt für viele Familienbetriebe eine Herausforderung dar.

Von Christoph Hablitzel

Tirols Tourismus-Spartenobmann Alois Rainer kritisiert die starre Haltung des Landes in Bezug auf die Novellierung des Tiroler Raumordnungsgesetzes als wenig nachvollziehbar und unflexibel. Die Wirtschaftskammer hatte sich im Vorfeld für mehr Klarheit und Transparenz bei der Erfassung der Gesamtbettenanzahl eingesetzt. „Als Interessenvertretung unserer Mitgliedsbetriebe war es unser Ziel, einen verständlichen und praktikablen Rahmen zu schaffen. Wir haben dazu einen konkreten Lösungsvorschlag eingebracht, der jedoch leider nicht umgesetzt wurde“, so Rainer.

**BÜROKRATISCHE HÜRDEN
ERSCHWEREN DEN BETRIEB.**
In Tirol gibt es derzeit über 5.000

gewerbliche Beherbergungsbetriebe mit durchschnittlich rund 40 Betten. „Seit Jahren ist ein leichter Rückgang der Bettenanzahl zu verzeichnen“, erklärt Franz Staggi, Fachgruppenobmann der Tiroler Hotellerie. Er sieht in der zunehmenden Bürokratie eine große Herausforderung für viele Familienbetriebe. Besonders problematisch ist, dass künftig auch ausziehbare Sofas, Zusatzbetten und ähnliche Schlafmöglichkeiten zur Gesamtbettenanzahl eines Betriebs gezählt werden sollen – selbst wenn sie nur an wenigen Tagen im Jahr genutzt werden und keine vollwertige Schlafgelegenheit bieten. „Diese Regelung führt zu unnötigen Auslegungsdiskussionen und sorgt für Unsicherheit. Unser Vorschlag hätte hier Klarheit für Betriebe und Behörden geschaffen“, betont Staggi.



Foto: WK Tirol

Spricht Klartext: Franz Staggi, der Fachgruppenobmann der Tiroler Hotellerie.

KEINE SPALTUNG INNERHALB DES TIROLER TOURISMUS. Spartenobmann Rainer kritisiert zudem die Liste **Fritz** für ihre Wortwahl: „Begriffe wie ‚Bettenburgen‘ und ‚Großhoteliers‘ schüren unnötige Konflikte und spalten die Branche in vermeintlich Gute und Böse. Diese Art von Klassenkampf hat im Tiroler Tourismus nichts verloren.“ Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten leistet die Tou-

rismusbranche einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung, schafft Arbeitsplätze und sichert Freizeitinfrasturktur für die einheimische Bevölkerung.

Treppen wieder schön und sicher!

Mit dem **Stufe-auf-Stufe-System!**

Rufen Sie uns an:

05263/6377-0

PORTAS[®]

www.portas.at/treppen